

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen

26. Jahrgang. Wien, Montag, den 20. Dezember 1920. Nr 398.

.....
Liebesgaben im 2. Bezirk. Mittwoch, den 22. ds. von 2 bis 3 Uhr verteilt das Frauenarbeitskomitee Karmelitergasse 9 an Bedürftige des 2. Bezirkes, vor allem an kinderreiche Familien, die keine britischen Liebesgaben beziehen, nach Maßgabe des Vorrates gegen Vorweisung des Fürsorgeblattes Mch.

.....
Gummbereifung für Lastkraftwagen. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass laut Magistratskundmachung vom 1. März 1921 an der Verkehr von Lastkraftwagen und Anhängewagen ohne Gummbereifung unzulässig ist.

.....
Ehrengaben zur goldenen Hochzeit. In der vergangenen Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters an nachgenannte Jubelpaare anlässlich der Feier der goldenen Hochzeit Lebensmittelpakete: Josef und Marie Kondor, Buchhalter, Franz Höfler, Maschinenbauwerkmeister und Margarethe Höfler, Handarbeitslehrerin der Gemeinde Wien im Ruhestande, Adalbert und Rosa Marie Redlich, Generalmajor des Ruhestandes.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien Montag den 20. Dezember 1920. Abendausgabe.

Die erste Theatervorstellung in Lainz. Heute wurde die bereits angekündigte Theater- und Kinovorstellung für die Pfleglinge des Versorgungshauses in Lainz abgehalten. Der 300 Personen fassende Saal der Kantine, der auch mit einer Bühne ausgestattet ist, war überfüllt. Die Vorstellung bestand aus heiteren Liedern und Darbietungen von Wiener Lichtbildern mit Musik. Zur Veranstaltung waren Bgm Reumann und amtsführender Stadtrat Prof. Dr. Tandler erschienen. Besonderer Dank gebührt Direktor Glawatsch, der auch für die morgen stattfindende Aufführung sich in uneigennützigster Weise in den Dienst dieser guten Sache gestellt hat. Diese Institution wird nunmehr zu einer Dauereinrichtung ausgestaltet. Es werden jede Woche zwei Vorstellungen stattfinden, so dass alle Pflinglinge Gelegenheit haben, einige heitere Stunden zu verbringen.

-.-.-.-.-

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Witschen.

26. Jahrgang Wien, Dienstag, den 21. Dezember 1920, Nr. 399

Mehr Todesfälle als Lebendgeburten in Wien. Im August und in der ersten Oktoberhälfte überstieg die Zahl der Lebendgeborenen in Wien die Zahl der Todesfälle. So sind in der 41. Jahreshälfte von 3. bis 9. Oktober 614 Lebendgeburten zu verzeichnen, denen 469 Todesfälle gegenüberstehen. Von 10. bis 16. Oktober wurden 526 Lebendgeburten und 457 Todesfälle gezählt. In der folgenden Zeit macht sich abermals ein Rückgang der Geburten bemerkbar. So sind vom 17. bis 23. Oktober in Wien 541 Kinder lebend zur Welt gekommen, während jedoch 544 Personen aus dem Leben scheiterten. Von 24. bis 30. Oktober sind 428 Geburten und 498 Todesfälle zu verzeichnen und in der 48. Woche können nur mehr 399 Lebendgeburten dafür aber 610 Todesfälle festgestellt werden, was einen Ausfall von 211 Menschen bedeutet.

Besetzung von Schulleitern. Bürgermeister Reumann nahm heute in Gemeinderatssitzungssache die Besetzung der in den letzten Jahren ernannten Leiter und Leiterinnen von Volks- und Bürgerschulen - 240 an der Zahl - vor. Zur Feierlichkeit waren Stadtrat Speiser, die Vorsitzendenstellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel und Vizebürgermeister Hoss, Mitglieder des Bezirksschulrates, Bezirksschulinspektoren, Mitglieder des Gemeinderates und Bezirksvorsteher. Bürgermeister Reumann begrüßte die neuen Leiter und Leiterinnen der Schulen, worauf der erste Vorsitzendestellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel an die ernannten Lehrpersonen eine Ansprache hielt. In der er ausführte, dass die Gemeinde Wien in ihren Gemarkungen die bedauerndste Jugend hat und den größten Wert auf eine ruhige aber stetige und restlose Durchführung der Schulreform legt. Schulleiter müssen die Bevölkerung führen auch auf diesem Gebiete und er sei überzeugt, dass sie ihre volle Kraft und auch ihre Überzeugung dazu treibt, auf diesem Gebiete führend zu sein. Bgm. Reumann wünschte in seinen Schlussworten den Neuernannten Glück für ihre Tätigkeit und betonte, dass die Stadt Wien das größte Gewicht darauf lege, an der Spitze des Schulwesens zu stehen und dass sie bestrebt sein werde, trotz der gegenwärtigen finanziellen Lage auch für das materielle Wohl der Lehrpersonen nach Möglichkeit zu sorgen. An die Feierlichkeit schloss sich die Verteilung der Dekrete an die Ernannten.

Erweiterung der elektrischen Mietinstallations. Im Sinne eines von Vd. Ammerling heute in Stadtsenate erstatteten Referates

wurde beschlossen, weitere 1600 Mietinstallationen für elektrisches Licht durch die Genossenschaft der konzessionierten Elektrotechniker durchführen zu lassen. Diese Installationen werden einen Betrag von 2.800.000 K. erfordern. Von diesen 1600 Mietinstallationen werden 611 in drei für Arbeiterwohnungen bestimmte Häuserblocks durchgeführt. Es sind dies die Gebäude der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft Floridsdorf Shuttleworthstrasse, des Jubiläums-Stiftungsvereines Häuserblock Ottakring Wernhartstrasse 11-19 und der Stiftungs-Häuser Ottakring Wernhartstrasse 1-9. Die übrigen 1000 Wohnungsinstitutionen verteilen sich auf das Gemeindegebiet von Wien und kommen zunächst jene Objekte in Betracht, wo die zum Anschluss erforderlichen Steigleitungen bereits vorhanden sind. Die von den Parteien auf die Dauer von 10 Jahren zu bezahlenden Mietwörter mit 7 K. pro Monat und Auslass festgesetzt. Das zur Herstellung der Anlagen benötigte Material ist bereits vom Elektrizitätswerk sicher gestellt.

Die Subventionen der Gemeinde Wien. Ueber die für das heurige Verwaltungsjahr zu verteilenden Subventionen der Gemeinde Wien wurden im Sinne eines von der GR Amalie Seidel erstatteten Referates nach eingehender Debatte im Stadtsenate heute Beschlüsse gefasst. Die Referentin wies zunächst darauf hin, dass es bei der bekannten schlechten Finanzlage der Gemeinde unmöglich sei eine Erhöhung der Subventionen den gekünderten Geldverhältnissen entsprechend vorzunehmen, sondern dass mit jenen Summen das Auslangen gefunden werden muss, die in normalen Zeiten für solche Zwecke zur Verfügung gestanden sind. Schon dies allein bewirkt, dass neue Ansuchen nur in den allerersten Fällen berücksichtigt werden konnten und auch künftig keine Aussicht auf Berücksichtigung haben, dass aber auch jene zahlreichen Subventionen, die früh vielleicht nur aus Prestige-Gründen von den Vereinen angestrebt wurden nun in Wegfall kommen müssen. Bei der Verteilung der Subventionen war zunächst nichtungebend, dass jene grossen Institutionen über Wasser gehalten werden, die auf künstlerischer oder humanitärer Grundlage aufgebaut sind und die sonst zusammenbrechen würden, wenn sie nicht in irgendeiner Form Unterstützung bekommen. Grundsätzlich ist huer die Subventionierung aller privaten Volks- und Bürgerschulen, die auf konfessioneller Grundlage beruhen im Sinne des Beschlusses des Bezirksschulrates abgelehnt worden. Massgebend hierfür war die Auffassung, dass die Gemeinde Gemeinderat von Millionen als Schulerhalterin ausbitt, dass sie gesetzlich dazu verpflichtet ist, nach gewissen einheitlichen Normen für den Unterricht zu sorgen und dass, wenn irgendwelcher Gruppe von Bürgern dieser öffentliche Unterricht aus irgendeinem Grunde

nicht gestügt, die Sondereinschüsse eigenen Mitteln bestritten werden und nicht Steuergelder dafür in Anspruch nehmen dürfe. Bei der Gruppe der humanitären Einrichtungen konnten nur solche Vereine berücksichtigt werden, die ein Heim oder eine Tageserholungsstätte oder sonst eine feste Betriebsstätte besitzen, nicht aber solche Organisationen, die sich lediglich mit der Verteilung von Geld oder Nahrungsmitteln beschäftigen, wofür ja die Gemeinde in ihren Armeninstituten selber die Organisation besitzt. Den Kinderspitälern und Wohlfahrts-Einrichtungen der gleichen Art, die im Frieden mit Subventionen von 3000 bis 8000 Kronen bedacht wurden, konnte in der Form von Subventionen die so dringende Hilfe nicht geboten werden. Es ist schon bisher der Ausweg gewählt worden, ihnen den grössten Teil jener Notstandsapenden zuzuweisen, die zur Verfügung des Bürgermeisters stehen. So wurden seit 1. Jänner 1920 den sechs Kinderspitälern, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, dem Rudolfinerhaus etc., der Betrag von 3.176.000 Kronen zugewendet. Das ist weit mehr, als das Gesamtanmass aller überhaupt für Subventionen verfügbaren Kredite. Bezüglich aller jener Hilfs-Einrichtungen, die sich mit der Jugend beschäftigen, führte die Referentin aus, wurde der Weg gewählt, nicht mehr einzelne Vereine zu unterstützen, sondern den Verband für freiwillige Jugendfürsorge. Es geschieht dies aus dem Grunde, weil es für den Finanzausschuss und Stadtsenate vollständig unmöglich ist die Tätigkeit von ein paar Dutzend Vereinen irgendwie abzuwägen, was eben nur durch einen Verband, der eine gewisse Zusammenfassung und kontrollierende Tätigkeit ausübt, ermöglicht wird. Selbstverständlich steht der Weg zu diesen Verbänden den Vereinen aller Richtungen offen. Derselbe schliesst auch derzeit Organisationen der verschiedensten Färbung in sich und es wäre sehr wünschenswert, wenn auch der Caritas-Verband, der ursprünglich Mitglied war, sich wieder anschliessen würde. Die Referentin wies schliesslich darauf hin, dass auf dem Gebiete der humanitären Aktionen eine ungeheure Zersplitterung besteht. Die Vereine der verschiedensten Richtungen und auch die grossen Fürsorgeaktionen des ausländischen Hilfswerkes entbehren einer wirklichen Zentrale, wo durch vielen Misbräuchen Tür und Tor geöffnet und gleichzeitig die Benützung einer ganzen Reihe von solchen Einrichtungen sich zu einem Berufsweig ausgebildet hat. Eine Fülle von Geld und Geldeswert wird durch diese Misstände verschwendet. Da auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ein solcher Verband bereits geschaffen ist, sollte er auch nun als Zentralorganisation benützt werden. Was die Institutionen auf dem Gebiete der Bibliotheken und der Volksbildung anlangt, so wurden grundsätzlich jenen Vereinen die ein ganz bestimmtes Gepräge haben und zwar ebensowohl die sozialdemokratischen Bezirksbibliotheken als auch die entgegenge-

setzten Richtung propagierenden Volkleshallen ausgespartet; es wurden lediglich die grossen neutralen Organisationen auf diesen Gebiete zur Subventionierung vorgeschlagen.

Aus der Liste der bewilligten Subventionen seien hervorgehoben: Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft 500.000 Kronen, als Ergänzung der vom Bürgermeister vor mehreren Wochen verfügte Notstandsapende in gleicher Höhe, der Verband für freiwillige Jugendfürsorge, 250.000 Kronen, des Kuratoriums der Kriegspatenschaft 50.000 Kronen, Hilfsverein für Lungenkranke, Viribus unitis* 20.000 Kronen, Tuberkulosefürsorgestelle des Roten Kreuzes 25.000 Kronen, Wiener Suppen- und Theestalten, der Wiener Wärmestubenverein, der Volksbühnenverein je 30.000 Kronen, Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates 50.000 Kronen, der Verein zur Erhaltung von mittelstandserholungsheimen 30.000 Kronen.

Auf dem Gebiete für Kunst und Wissenschaft wurden folgende Institutionen mit grösseren Beträgen bedacht, die Volksoper mit 500.000 Kronen, das Wiener Symphonieorchester mit 250.000 Kronen, die Denkmäler der Tonkunst 20.000 Kronen, die Wiener Philharmoniker 10.000 Kronen, die Sezession für Herstellungsbetriebe an eigenen Hause 50.000 Kronen, der Eisenbauverein 60.000 Kronen, der Wirtschaftverband bildender Künstler 12.000 Kronen, der akademische Senat der Wiener Universität für die volkstümlichen Universitätskurse 20.000 Kronen, die biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften 10.000 Kronen, der Wiener Volksbildungsverein 10.000 Kronen, die technische Hochschule 10.000 Kronen, der Verein Volksheim für sein Stammhaus und das Leopoldstädter Volksheim 150.000 Kronen, der Verein Zentralbibliothek 75.000 Kronen, die Wiener Ursula 25.000 Kronen, das Museum für Volkskunde 25.000, der Wissenschaftliche Klub 10.000 Kronen, der Landesverband für Lehrerinnenvereine mit 10.000 Kronen, der Verband der Schreiberinnenvereine mit 20.000 Kronen, die Freie Vereinigung der Schreiberinnen mit 4.000 Kronen, der Wiener Tierschutzverein 5.000 Kronen, ferner die mens. academiya, die auch an den Notstandsapenden kürzlich 30.000 Kronen erhielt, mit 10.000 Kronen als Subvention.

An dieses Referat knüpfte sich eine ausführliche Debatte, an der Vizebürgermeister Hoss, die StR. Frau Dr. Metzko und Hummelhardt insbesondere die Subventionierung des Caritasverbandes, und der konfessionellen Schulen wünschten, was die eingehender Begründung durch die Referentin abgelehnt wurde. Der Gesamtbetrag der Subventionen, die in der nächsten Woche dem Gemeinderat zur Beschlussfassung beantragt werden, macht 2.731.250 Kronen aus.